

Antrag 58/I/2023**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Den Jugendgipfel weiterentwickeln**

1 Die Krawalle in der zurückliegenden Silvester-Nacht hat-
 2 te die CDU zu rassistischen Wahlkampfparolen genutzt.
 3 Eine glaubhafte Entschuldigung fehlt bis heute. Unsere
 4 Regierende Bürgermeisterin hatte mit dem einberufenen
 5 Jugendgipfel einen sozialen Aufschlag geboten, Jugendli-
 6 chen in benachteiligten Stadtteilen endlich bessere Pers-
 7 spektiven zu schaffen. Die Ergebnisse des Jugendgipfels
 8 berühren die vier Bereiche Elternarbeit und Schulsozialar-
 9 beit, Jugendsozialarbeit, Orte für Jugendliche sowie kla-
 10 re Konsequenzen bei Straftaten. Dieser soziale Ansatz und
 11 die erarbeiteten Ergebnisse sind ein wichtiger Weg.

12

13 Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs bleibt die Armut
 14 in Berlin leider konstant hoch. Während in der Innenstadt
 15 an vielen Orten der Aufschwung sichtbar wird, konzen-
 16 triert sich die Armut zunehmend in benachteiligten Stadt-
 17 teilen und Großsiedlungen wie der High-Deck Siedlung.
 18 Viele Menschen fühlen sich dort abgehängt, zurückgelas-
 19 sen und ungehört und finden kaum Wege aus ihrer Armut.
 20 Ungenutzte Potentiale bleiben liegen und soziale Proble-
 21 me entstehen.

22

23 Wir fordern von den sozialdemokratischen Mitgliedern in
 24 einem neuen möglichen Senat:

25

- 26 1. eine zügige Umsetzung der Ergebnisse des Jugend-
 27 gipfels.
- 28 2. eine Weiterentwicklung des Jugendgipfels, um neue
 29 Zielgruppen in den Blick zu nehmen. So sollen res-
 30 sortübergreifende Maßnahmen entwickelt werden,
 31 um der zunehmenden Armut und Perspektivlosig-
 32 keit in abgehängten Stadtteilen und Großsiedlun-
 33 gen zu begegnen. Dadurch sollen auch den von Ar-
 34 mut betroffenen Eltern, Alleinerziehenden, Geflüch-
 35 teten, Erwerbslosen, Rentner:innen, Menschen mit
 36 einem geringen Bildungsgrad und weitere Gruppen
 37 miteinbezogen werden.
- 38 3. zügige und schnellere Klärung von aufenthalts-
 39 rechtlichen Fragestellungen, um den Weg in den Ar-
 40 beitsmarkt zu verbessern.

41

42 Ziel muss es sein, dass die Menschen auf Augenhöhe
 43 dort abgeholt werden, wo sie leben: durch mobile Jobcen-
 44 ter, Ausbildungsberatungen, Weiterbildungsmöglichkei-
 45 ten im Quartier, aufenthaltsrechtliche Beratungen vor Ort
 46 oder kostenlose Gesundheits- und Sportangebote in der
 47 Siedlung. Der steigende Bedarf an Räumen muss mittel-
 48 und langfristig dafür sichergestellt werden. Ansätze dafür

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die **Ausschreitungen** in der zurückliegenden Silvester-
 Nacht hatte die CDU zu rassistischen Wahlkampfparolen
 genutzt. Eine glaubhafte Entschuldigung fehlt bis heute.
 Unsere Regierende Bürgermeisterin hatte mit dem einberu-
 fenen Jugendgipfel einen sozialen Aufschlag geboten,
 Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen endlich bes-
 sere Perspektiven zu schaffen. Die Ergebnisse des Jugend-
 gipfels berühren die vier Bereiche Elternarbeit und Schul-
 sozialarbeit, Jugendsozialarbeit, Orte für Jugendliche so-
 wie klare Konsequenzen bei Straftaten. Dieser soziale An-
 satz und die erarbeiteten Ergebnisse sind ein wichtiger
 Weg.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs bleibt die Armut
 in Berlin leider konstant hoch. Während in der Innenstadt
 an vielen Orten der Aufschwung sichtbar wird, konzen-
 triert sich die Armut zunehmend in benachteiligten Stadt-
 teilen und Großsiedlungen wie der High-Deck Siedlung.
 Viele Menschen fühlen sich dort abgehängt, zurückgelas-
 sen und ungehört und finden kaum Wege aus ihrer Armut.
 Ungenutzte Potentiale bleiben liegen und soziale Proble-
 me entstehen.

Wir fordern von den sozialdemokratischen Mitgliedern in
 einem neuen möglichen Senat:

1. eine zügige Umsetzung der Ergebnisse des Jugend-
 gipfels.
2. eine Weiterentwicklung des Jugendgipfels, um neue
 Zielgruppen in den Blick zu nehmen. So sollen res-
 sortübergreifende Maßnahmen entwickelt werden,
 um der zunehmenden Armut und Perspektivlosig-
 keit in abgehängten Stadtteilen und Großsiedlun-
 gen zu begegnen. Dadurch sollen auch den von Ar-
 mut betroffenen Eltern, Alleinerziehenden, Geflüch-
 teten, Erwerbslosen, Rentner:innen, Menschen mit
 einem geringen Bildungsgrad und weitere Gruppen
 miteinbezogen werden.
3. zügige und schnellere Klärung von aufenthalts-
 rechtlichen Fragestellungen, um den Weg in den Ar-
 beitsmarkt zu verbessern.

Ziel muss es sein, dass die Menschen auf Augenhöhe
 dort abgeholt werden, wo sie leben: durch mobile Jobcen-
 ter, Ausbildungsberatungen, Weiterbildungsmöglichkei-
 ten im Quartier, aufenthaltsrechtliche Beratungen vor Ort
 oder kostenlose Gesundheits- und Sportangebote in der
 Siedlung. Der steigende Bedarf an Räumen muss mittel-

49 finden sich bereits in der Ressortübergreifenden Gemein-
50 schaftsinitiative des Senats. Deren Handlungsräume fin-
51 den sich in den Großsiedlungen und Stadtquartieren wie-
52 der, wo die sozialen Probleme am größten sind. In diesen
53 Vierteln sollen zielgerichtete Angebote entstehen, damit
54 gemeinsam mit den Menschen vor Ort Wege aus der Ar-
55 mut gefunden werden.

56

57 Neben der Jugend- und Bildungs-, Stadtentwicklungs-
58 sowie Innen-, Kultur- und Sportverwaltung soll die Se-
59 natsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales ei-
60 ne gewichtigere Rolle spielen als bisher. Daneben soll-
61 te auch die Gesundheits- und Wirtschaftsverwaltung ein-
62 bezogen werden. Die Landeseigenen Unternehmen, hier
63 insbesondere die städtischen Wohnungsbaugesellschaf-
64 ten oder die BSR, sollen ebenso eingebunden werden wie
65 auch die Trägerlandschaft wie zum Beispiel die Schuldner-
66 und Insolvenzberatung, Wirtschaftsverbände oder Ge-
67 werkschaften.

68

69 **Begründung**

70 Während Berlin seit Jahren einen wirtschaftlichen Auf-
71 schwung erlebt und sich der Wohlstand besonders in
72 der Innenstadt zeigt, nimmt die Armut in benachteilig-
73 ten Stadtteilen stetig zu. Jedes dritte Berliner Kind wächst
74 in Armut auf, jede:r dritte Rentner:in lebt unterhalb der
75 Armutsschwelle. Fast 40% der Menschen ohne deutsche
76 Staatsbürgerschaft sind von Armut betroffen sowie fast
77 zwei Drittel der Alleinerziehenden. Zwischen Pandemie
78 und Inflation haben sich die Problemlagen verschärft. Mit
79 der zwingend notwendigen Aufnahme neuer Geflüchte-
80 ter, die vor Krieg, Hunger oder dem Klima zu uns flie-
81 hen, stehen weitere Herausforderungen bevor in ohnehin
82 schon abgehängten Stadtteilen. Schon heute lassen
83 sich einige der 51 Berliner Großsiedlungen als Ankunfts-
84 quartiere bezeichnen. Nur mit einer gemeinsamen Kraft-
85 anstrengung im Senat schaffen wir es, die Menschen dort
86 nicht zurückzulassen und ihnen eine Perspektive zu bie-
87 ten.

und langfristig dafür sichergestellt werden. Ansätze dafür
finden sich bereits in der Ressortübergreifenden Gemein-
schaftsinitiative des Senats. Deren Handlungsräume fin-
den sich in den Großsiedlungen und Stadtquartieren wie-
der, wo die sozialen Probleme am größten sind. In diesen
Vierteln sollen zielgerichtete Angebote entstehen, damit
gemeinsam mit den Menschen vor Ort Wege aus der Ar-
mut gefunden werden.

Neben der Jugend- und Bildungs-, Stadtentwicklungs-
sowie Innen-, Kultur- und Sportverwaltung soll die Se-
natsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales ei-
ne gewichtigere Rolle spielen als bisher. Daneben soll-
te auch die Gesundheits- und Wirtschaftsverwaltung ein-
bezogen werden. Die Landeseigenen Unternehmen, hier
insbesondere die städtischen Wohnungsbaugesellschaf-
ten oder die BSR, sollen ebenso eingebunden werden wie
auch die Trägerlandschaft wie zum Beispiel die Schuldner-
und Insolvenzberatung, Wirtschaftsverbände oder Ge-
werkschaften.